ANTRAG

auf staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 7 Absatz 2 der Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V)

Hiermit wird die staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung nach § 6 Absatz 1 des Weiterbildungsförderungsgesetzes (WBFöG M-V) vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 342) beantragt.

---

1. Name des Trägers: _____

_____

Anschrift des Trägers: _____

_____

2. Rechtsform des Trägers:

Die Einrichtung befindet sich in

☐ öffentlicher

oder in

☐ freier Trägerschaft.

Bezeichnung der Rechtsform: _____

Nummer der Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts: _____

2.1 Name und Anschrift der Einrichtung, für die die Anerkennung beantragt wird:

_____

_____

_____

_____

Telefon-Nr.: _____ Telefax: _____

E-Mail: _____

Bezeichnung der Rechtsform: _____

Nummer der Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts: _____

Die Einrichtung ist eine betriebseigene Bildungsstätte, welche ausschließlich Weiterbildung für eigene Betriebsangehörige anbietet:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung führt überwiegend Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung durch:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung ist überwiegend im Bereich der freizeitorientierten Bildung tätig:
NEIN ☐ JA ☐

2.2 Die Einrichtung unterhält folgende Nebenstellen, für die ebenfalls die Anerkennung beantragt wird:

Name: _____

_____

Anschrift: _____

_____

3. Die Einrichtung wird seit dem _____ betrieben.

(Tag, Monat, Jahr)

4. Vertretungsberechtigte Person/en:

Die Vertretung

☐ ist durch Rechtsgeschäft erteilt (Rechtsgeschäft bitte beifügen)

oder

☐ ergibt sich aus gesetzlichen Bestimmungen.

Name, Vorname: _____

Geb.-datum und -ort: _____

5. Personelle Ausstattung:

5.1 Die Einrichtung wird geleitet durch:

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

_____

5.2 Anzahl der hauptberuflich tätigen Dozenten: _____

5.3 Anzahl der nebenberuflich tätigen Dozenten (Dozenten auf Honorarbasis): _____

6. Der Träger bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und gewährleistet eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit (§ 6 Absatz 1 Satz 2 WBFöG M-V).

7. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung im Einklang mit bestehenden Gesetzen steht und ihre Maßnahmen auf Basis der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland definierten Wertordnung durchführt (§ 5 Nr. 2 WBLVO M-V).

8. Hiermit wird erklärt, dass jede Weiterbildungsveranstaltung von einer verantwortlichen Kursleiterin bzw. einem verantwortlichen Kursleiter durchgeführt wird (§ 5 Nr. 4e WBLVO M-V).

9. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung ihre Veranstaltungen grundsätzlich für alle zugänglich macht (§ 5 Nr. 5 WBLVO M-V).

10. Hiermit wird erklärt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Beginn der Veranstaltung über die Inhalte zur Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gemäß § 6 WBLVO M-V unterrichtet werden.

11. Hiermit wird erklärt, dass in den letzten zwei Jahren nachfolgende öffentliche Fördermittel erhalten wurden:

Jahr: _____ Art der Förderung: _____ Summe: _____ €

Jahr: _____ Art der Förderung: _____ Summe: _____ €

12. Hiermit wird erklärt, dass alle vorstehenden Angaben und die dem Antrag beigefügten Unterlagen vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.

13. Hiermit wird sich verpflichtet, der zuständigen Behörde auf Anfrage zusätzliche Auskunft über Bildungsziele und -inhalte, Organisations- und Arbeitsformen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Teilnehmendenstruktur und Personal zu geben.

14. Hiermit wird das Einverständnis erklärt, dass die gemachten Angaben einschließlich personenbezogener Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch die zuständige Behörde gespeichert werden.

Ort, Datum

Unterschrift(en) vertretungsberechtigter Person(en)

Dem Antrag sind nachfolgend aufgeführte Unterlagen als Anlagen beizufügen:

1. die Satzung bzw. der Gesellschaftsvertrag sowie ein Auszug aus dem amtlichen Register und ggf. ein Nachweis der Gemeinnützigkeit,

2. eine Aufstellung über die in den zurückliegenden zwei Jahren durchgeführten und angebotenen Weiterbildungsveranstaltungen sowie deren didaktisches und methodisches Konzept (bei einer Vielzahl von gleichen Veranstaltungen kann exemplarisch ein didaktisches und methodisches Konzept eingereicht werden),

3. ein Exemplar des gedruckten Veranstaltungsprogramms,

4. ein Muster der Fortbildungsvereinbarung zwischen der Einrichtung und den Teilnehmenden,

5. eine Übersicht, zu welchen staatlichen oder staatlich anerkannten Abschlüssen die Veranstaltungen führen und wo und durch welche Stelle die Prüfungen abgenommen werden,

6. eine Aufstellung, welche weiteren Bescheinigungen und Zertifikate von der Einrichtung ausgestellt werden (Muster beifügen),

7. Nachweis über die Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gem. § 6 WBLVO M-V,

8. eine Darstellung des beruflichen Werdegangs des Leiters bzw. der Leiterin (ggf. mit Kopie des Hochschulzeugnisses),

9. eine namentliche Auflistung des hauptberuflich tätigen Personals mit Nachweis der fachlichen und pädagogischen Qualifizierung,

10. eine Übersicht über das nebenberufliche Personal,

11. eine Aufstellung über die in den letzten zwei Jahren vor der Antragstellung durchgeführten sowie im Anerkennungszeitraum geplanten Fortbildungsmaßnahmen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung,

12. einen Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Einrichtung (z. B. Bilanz, Einnahmen- und Überschussrechnung oder Haushaltsplan)

13. eine Aufstellung zu den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten (Anzahl, Größe und Ausstattung der Unterrichtsräume, Labore/Kabinette, Werkstätten und Sozialräume) sowie zu den erforderlichen Lehrmitteln,

14. eine Aussage zu den Mitwirkungsmöglichkeiten des pädagogischen Personals bei der Planung und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen,

15. ein Nachweis über die Maßnahmen, mit denen sich die Einrichtung einer kontinuierlichen Evaluation unterzieht und auf eine stetige Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit hinwirkt sowie

16. die Einwilligung zur Vorlage bei der Bundesagentur für Arbeit (ausgefüllt und unterschrieben).

Zur Vorlage bei der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Kiel:

E I N W I L L I G U N G

Für

_____

Name der Einrichtung

_____

Anschrift

erkläre ich meine Einwilligung gemäß § 67c Abs. 2 Nr. 2 des Sozialgesetzbuches - Zehntes Buch - (SGB X), dass die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Kiel, im Rahmen der gemäß § 7 Absatz 3 der Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V) erforderlichen Stellungnahme Sozialdaten im Sinne des § 35 Abs.1 und 4 des Sozialgesetzbuches - Erstes Buch - (SGB I) dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern bekannt gibt oder übermittelt.

Die Bekanntgabe oder Übermittlung der die o. g. Einrichtung betreffenden Sozialdaten erfolgt zum Zweck der Prüfung des Antrages der o. g. Einrichtung auf staatliche Anerkennung nach dem Weiterbildungsförderungsgesetz (WBFöG M-V) und der Weiterbildungslandes-verordnung (WBLVO M-V).

Wird die Einwilligung nicht erteilt, kann die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord in seiner Stellungnahme Sozialdaten im Sinne des § 35 Abs.1 und 4 SGB I nicht bekannt geben oder übermitteln.

_____

Vertretungsberechtigte Person(en)

_____

Anschrift

_____

Ort, Datum

_____

Unterschrift